

Das Soziale Europa schaffen.

Die europäische Demokratie stärken.

Bei den Europawahlen 2009 geht es um die politische, aber vor allem um die soziale Zukunft Europas. Die SPD will dass die Wahlen zum Europaparlament am 7. Juni 2009 – 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit – ein Erfolg werden. Thüringen liegt im Herzen Europas. Die Thüringer Bürgerinnen und Bürger haben bei den Europawahlen die Chance, mit einem neu zu wählenden Europäischen Parlament dazu beizutragen, dass unsere gemeinsamen Ziele und Werte zur Grundlage der weiteren Entwicklung der Europäischen Union werden.

Wir nennen acht gute Gründe für die Thüringer, zur Europawahl zu gehen:

1. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ - ein Friedensprojekt.

- Die SPD setzt sich schon seit langem für die europäische Einheit ein. Bereits 1925 forderte die SPD in ihrem Heidelberger Programm die „Vereinigten Staaten von Europa“, weil sie hoffte, hierdurch besser zur „Interessensolidarität der Völker aller Kontinente“ zu gelangen. Die friedliche Lösung internationaler Konflikte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Recht von Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung, internationale Abrüstung und die Forderung nach einer dringend notwendigen europäischen Wirtschaftseinheit, mit der den negativen Globalisierungsfolgen besser zu begegnen gewesen wäre, gehörten schon damals zu den auch heute noch hochaktuellen Forderungen.
- Die gemeinsamen Werte, auf denen die Europäische Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Aber gerade auch die Werte der Gerechtigkeit und Solidarität, die durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie die europäische Sozialdemokratie maßgeblich geprägt wurden, bleiben unverzichtbar, wenn es darum geht, die Zukunft Europas gemeinsam zu gestalten.
- An diese traditionsreiche Programmatik wird die SPD auch im 21. Jahrhundert anknüpfen. Für uns Thüringer Sozialdemokraten heißt das: Das erfolgreiche europäische Integrationsprojekt tritt in eine wichtige neue Entwicklungsetappe. Mit der letzten Erweiterungsrunde und den Fortschritten auf dem Wege hin zu einer handlungsfähigen Europäischen Union durch den Vertrag von Lissabon bieten sich auch für uns neue Möglichkeiten der Gestaltung der europäischen Rahmenbedingungen. Für uns ist die Vollendung der Politischen Union Europas der entscheidende Schritt, um unsere Ziele unter den Bedingungen der Globalisierung zu verwirklichen.
- Wir sehen in der erfolgten Aufnahme der neuen Mitglieder in die Europäische Union einen konsequenten Schritt zur Beseitigung der jahrzehntelangen Spaltung unseres Kontinents. Eingeleitet durch die Versöhnungspolitik Willy Brandts und ermöglicht durch die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR, die zur staatlichen Einheit Deutschlands führte, besteht mit diesem Erweiterungsschritt der EU eine realistische Chance für einen dauerhaften Frieden in Europa.
- Die Europäische Union bleibt ein Friedensprojekt. Kriege als Mittel der Politik, wie sie Jahrhunderte zwischen den europäischen Staaten mit verheerenden Folgen für die Menschen praktiziert worden sind, müssen durch eine konsequente und moderne europäische Politik des „Vertragens durch Verträge“ für alle Zeiten auf unserem Kontinent ausgeschlossen werden. Europa ist mit diesem Konzept in den vergangenen 50 Jahren sehr erfolgreich gewesen.

6. Eine zukunftsorientierte europäische Agrarpolitik. Landwirtschaft dient allen.

- Die Thüringer SPD streitet für den Erhalt unserer zukunftsorientierten Thüringer Landwirtschaft mit tragfähiger wirtschaftlicher Basis. Allerdings: Die Agrarpolitik der EU folgte viel zu lange dem Grundsatz der Bindung der Beihilfenzahlung für die Landwirte an die produzierte Menge. Dadurch sind in den letzten Jahrzehnten Zustände eingetreten, die sowohl für die Landwirte als auch für die Bevölkerung und nicht zuletzt für unsere Umwelt nicht mehr akzeptabel sind.
- Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen Planungssicherheit. Die inzwischen eingeleiteten Reformen der EU-Agrarpolitik müssen konsequent und zielorientiert fortgeführt werden. Wir brauchen eine Politik, die in erster Linie dem Verbraucherschutz, dem Schutz unserer natürlichen Ressourcen und stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für alle Akteure im ländlichen Raum dient.
- Eine weitere Öffnung des EU-Agrarmarkts setzt voraus, dass die Produkte aus Drittländern entsprechend der in der EU gültigen ökologischen und Nachhaltigkeitskriterien erzeugt werden. Nachhaltige landwirtschaftliche Produktionsweisen müssen schwerpunktmäßig gefördert werden.
- Eine zukunftsorientierte europäische Agrarpolitik wird sich noch stärker als Teil einer nachhaltigen Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für unsere zumeist strukturschwachen ländlichen Regionen verstehen müssen. Dabei sollten ländliche Wirtschaftskreisläufe unterstützt werden.

7. Die Europäische Innen- und Justizpolitik. Auf dem Weg zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

- Die europäische Innen- und Rechtspolitik leistet einen wesentlichen Beitrag auf dem Weg zu einem Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür sollte die Zusammenarbeit der nationalen Regierungen und der Verwaltung der EU in Fragen der Kriminalitätsbekämpfung weiter ausgebaut werden. International operierenden Straftätern muss auch international begegnet werden. Wir befürworten insoweit eine Erweiterung des Mandats von EUROPOL bei gleichzeitiger Sicherung rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien.
- Aber auch die justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und die Zusammenarbeit von Richtern, Staatsanwälten und Ermittlern in der EU muss weiter ausgebaut werden. Die bisherigen Kooperationsprojekte (Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit – Eurojust – mit Sitz in Den Haag und Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung – OLAF -) und das „Europäische justizielle Netz für Strafsachen“ sind entsprechend fortzuentwickeln.
- Wir treten für eine angemessene Vereinheitlichung von Strafbestimmungen zur Steigerung der Effektivität in der Kriminalitätsbekämpfung in Europa ein. Dabei ist auf die Einhaltung eines hohen rechtsstaatlichen Standards und die Gewährleistung eines wirksamen Grundrechtsschutzes zu achten. Dies gilt auch für die Diskussion um die strafrechtlichen Verfahrensgarantien und bei der Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft.
- Rechtssicherheit ist für die SPD ein hohes Gut. Um mehr Rechtssicherheit für Bürger und Wirtschaft zu schaffen, ist die Zuständigkeit der EU für das Zivilrecht, das Zivilprozessrecht und die Verfahren zur Streitbeilegung im Zivil- und Handelsrecht adäquat fortzuentwickeln und wenn nötig zu begründen.
- Wir Sozialdemokraten treten für eine Stärkung der Bürgerrechte, besonders durch Fortentwicklung des Grundrechtsschutzes auf europäischer Ebene, ein. Für die Thüringer SPD ist